

Beschäftigungspolitik

Vollbeschäftigung ist keine Utopie

Der Aufschwung setzt sich fort, die Arbeitslosigkeit geht weiter zurück und die sozialversicherungspflichtige Beschäftigung steigt unvermindert an. Sozial ist, was Arbeit schafft. Die Erfolge der unionsgeführten Regierungskoalition auf dem Feld der Beschäftigungspolitik sind überaus beachtlich.

Der Rückgang der Arbeitslosenzahl unter die 3,3-Millionen-Grenze ist erfreulich und widerlegt all jene Skeptiker, die einen Wachstums-einbruch vorausgesagt haben. Der Aufschwung steht auf einem breiten Fundament. Trotz der hohen Energiepreise, der Folgen der globalen Finanzkrise und der Eintrübung der Weltwirtschaft hält die Beschäftigungsdynamik an.

Fast zwei Millionen Arbeitslose weniger als im Winter 2005

Viele Regionen Bayerns stehen mittlerweile ganz nahe am Ziel der Vollbeschäftigung. Das zeigt: Massenarbeitslosigkeit ist kein unabwendbares Schicksal. Gegenüber dem Höchststand im Winter 2005 ist die Zahl der registrierten Arbeitslosen um fast 2 Millionen zurückgegangen.

Bei den Erwerbstätigen ist inzwischen ein Rekordwert von 40,1 Millionen erreicht. Die Zahl der beitragspflichtigen Beschäftigten lag nach Berechnungen der Bundesagentur für Arbeit zuletzt mit 27,2 Millionen um über 630.000 über dem Vorjahreswert. Besonders erfreulich: Deutlich mehr als die Hälfte des Beschäftigungszuwachses entfällt dabei auf Vollzeitstellen.

Allen vorliegenden Indikatoren zufolge wird sich der Beschäftigungsaufbau im weiteren Jahresverlauf verlangsamen. Dies ist eine Warnung an die Adresse all jener, die ein Ende der Reformpolitik verlangen und eine Rückkehr zu fragwürdigen Verteilungsprogrammen fordern. Flächendeckende staatliche Mindestlöhne würden die

Beschäftigungschancen vor allem der Geringqualifizierten erheblich beeinträchtigen. Und die von der SPD anvisierte Rückkehr zur Umverteilungsideologie früherer Jahrzehnte mit einer stärkeren Steuerbelastung für Leistungsträger bis in die Mittelschichten hinein hätte negative Folgen für die Leistungs- und Investitionsbereitschaft.

Wer immer mehr Geld in die Sozialversicherungen pumpen will, höhlt das Versicherungsprinzip aus, befördert eine sorglose Ausgabenpolitik und macht die Sozialabgaben durch die Hintertür zu neuen Steuern. Wer Steuern erhöhen will, versucht Umverteilung gegen Wachstum und Beschäftigung auszuspielen.

Voraussetzungen für steuerliche Entlastungen schaffen

Stattdessen ist es das Gebot der Stunde, die Wachstumskräfte dauerhaft zu stärken und die Voraussetzungen dafür zu schaffen, dass alle Schichten vom wirtschaftlichen Aufschwung profitieren. Dies ist das Ziel des Steuerkonzepts der CSU „Mehr Netto für alle“.

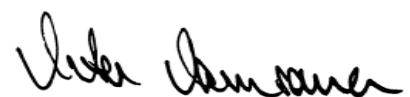
Die vorrangige und möglichst schnelle Entlastung der Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen ist dabei allein schon deshalb erforderlich, weil dieser Personenkreis besonders stark von der kalten Progression erfasst ist und weil sich immer mehr Arbeitnehmer, die nur wenig mehr als das Durchschnittseinkommen verdienen, einer Grenzbelastung mit Steuern und Abgaben von über 50 % gegenüber sehen.

Sehr geehrte Damen und Herren, liebe Freunde,

die SPD kann es drehen und wenden wie sie will: Mit der Nominierung einer eigenen Kandidatin für das Amt des Bundespräsidenten begibt sie sich noch ein Stück mehr in die Abhängigkeit von der SED-Nachfolgepartei „Die Linke“. Kurt Beck mag für seine Partei das selbstverständliche Recht in Anspruch nehmen, für das höchste Staatsamt eine eigene Kandidatin zu benennen. Nur würde er dies nicht tun, wenn er mit Sicherheit davon ausgehen würde, dass diese Kandidatur in einer Niederlage endet. Die SPD setzt also in der Bundesversammlung bewusst auf ein Bündnis mit der Linken. Und genau dies ist die Bildung jener Koalition, die Kurt Beck angeblich für das Bundeskanzleramt vehement ausschließt. Glaubwürdigkeit sieht wahrlich anders aus. Wer für das Schloss Bellevue das Bündnis mit der Linken bewusst sucht, der wird notfalls das gleiche Bündnis für den Bundestag ein paar hundert Meter weiter spreeaufwärts in Kauf nehmen. Da mag Kurt Beck jetzt noch so oft das Gegenteil behaupten.

In seiner Partei zählt das Wort Kurt Becks offenbar ohnehin nicht viel. Dies zeigt schon der Umstand, dass die SPD überhaupt eine eigene Bundespräsidenten-Kandidatin nominiert hat. Erst hatte der SPD-Vorsitzende monatelang signalisiert, dass er eine neue Amtszeit für den überaus beliebten Bundespräsidenten Horst Köhler unterstützt. Warum sollte die SPD auch einem hoch anerkannten Amtsinhaber die Unterstützung verweigern? Dann jedoch hat sich in seiner Partei eine andere Strategie Bahn gebrochen. Am Ende haben Beck und die SPD-Spitze begedreht. Mit politischer Führung hat dies augenscheinlich nicht viel gemein. Dass die SPD mit diesem überaus bemerkenswerten Vorgang die Arbeit der Großen Koalition einseitig belastet, muss selbst Herrn Beck klar sein.

Mit freundlichen Grüßen



Dr. Peter Ramsauer MdB
Vorsitzender der CSU-Landesgruppe
im Deutschen Bundestag



Gesundheitspolitik

Höhere Ärztehonorare in Aussicht

Die Chancen stehen gut, dass die Vergütung der Ärzte ab 2009 um ca. 2,5 Mrd. Euro ansteigen kann. Dies hat inzwischen auch Bundesgesundheitsministerin Schmidt gegenüber den Ärzten zugestanden. Gegenüber dem Honorarvolumen Ende letzten Jahres i. H. von 23 Mrd. Euro entspricht die in Aussicht gestellte Aufstockung also gut 10 Prozent.

Einkommensverbesserungen statt Honorarminderung

Mit der möglichen Honorarsteigerung werden Bayerns Ärzte nunmehr an Einkommensverbesserungen teilhaben. Die Kassenärztliche Bundesvereinigung (KBV) hat Berechnungen vorgelegt, wonach bei einer Aufstockung der ärztlichen Honorare um 1,2 Mrd. Euro in Bayern kein Honorarverlust erfolgt. Werden die ärztlichen Honorare um 2,5 Mrd. Euro aufgestockt, bedeutet das für Bayerns Ärzte ein Plus von 5 %. Damit dürften sich auch die Szenarien der KV Bayern, die von drohenden Honorarverlusten von bis zu 500 Mio. Euro spricht, weitgehend widerlegt sein.

Baden-Württemberg zeigt: Hausärzte haben gute Verhandlungschancen

Die Hausärzteschaft steht unter dem Eindruck des erfolgreichen Ab-



schluss eines Vertrages zur hausarztzentrierten Versorgung in Baden-Württemberg zwischen Hausärzten

und AOK. Dieser Vertrag bringt den Hausärzten Honorarsprünge pro Versichertem von derzeit durchschnittlich ca. 55 Euro auf 78 bis 100 Euro pro Quartal. Die Hausärzte in Baden-Württemberg sprechen von einer „historischen Wende in der hausärztlichen Versorgung“. Der Vertrag enthalte eine leistungsgerechte Honorierung in festen Eurobeträgen ohne Deckelung und Abstaffelung und sichere die wirtschaftliche Zukunft der hausärztlichen Praxen“, so die Vertragspartner.

Das Beispiel zeigt: Verhandlungen lohnen sich. Die Hausärzteschaft sollte die vorhandenen Spielräume nutzen.

Diese Woche

Beschäftigungspolitik	
Vollbeschäftigung ist keine Utopie	S. 1
Gesundheitspolitik	
Höhere Ärztehonorare in Aussicht	S. 2
Umweltschutz	
Beim Klimaschutz niemand überfordern	S. 2
Außenpolitik	
CSU-Landesgruppenvorsitzender Ramsauer zu Besuch im Iran	S. 3
Honorarordnung für Architekten und Ingenieure	
Leistungen von Architekten und Ingenieuren angemessen honorieren	S. 3
Stasi-Zusammenarbeit	
Gregor Gysi muss endlich Verantwortung übernehmen	S. 4

IMPRESSUM:

Verantwortlich für Seite 1:
Der jeweils unterzeichnende Abgeordnete

Redaktion: Wolfgang Jenders
11011 Berlin · Platz der Republik 1

Telefon: (030) 227 - 70212
Telefax: (030) 227 - 76712

e-mail: bab@cducsu.de
internet: www.csu-landesgruppe.de

Umweltschutz

Beim Klimaschutz niemanden überfordern

Deutschland hat im letzten Jahr eine Reduktion der Treibhausgase um 20,7 Prozent gegenüber 1990 erreicht. Mit diesem Ergebnis liegt unser Land beim Thema Klimaschutz weltweit mit an der Spitze.

Die ehrgeizigen weiteren Pläne sehen das Ziel einer 40-prozentigen CO₂-Reduzierung vor. Mit welchen konkreten Maßnahmen dieses Ziel erreicht werden kann, bedarf der intensiven Beratung. Die Diskussionen um das sog. zweite Klimapaket der Großen Koalition dürfen die verständlichen Anliegen der Verbraucher nicht außer Acht lassen. Ziel muss es sein, die Kosten des Klimaschutzes für die Verbraucher so gering wie möglich zu halten.

Bereits heute orientiert sich die Bemessung der Kfz-Steuer auch an Schadstoffklassen. Ein Anreizsystem zur Anschaffung klimaverträglicher Autos besteht also bereits. Dennoch bleibt es das Ziel, die Kfz-Steuer mittelfristig gänzlich auf den Schadstoffausstoß umzustellen.

Nachdem nunmehr aber Klarheit darüber besteht, dass die ins Auge gefasste Umstellung der Steuerbemessung bei Besitzern älterer Fahrzeuge zu erheblichen finanziellen Belastungen führen würde, ist es

gerechtfertigt, Detailfragen dieses Vorhaben neu zu überdenken. Die Autofahrer, die ohnehin von den Spritpreiserhöhungen massiv betroffen sind, erwarten ebenso wie die Mieter und Unternehmen zu Recht von der Politik, dass sie die Kosten der Verbraucher für die CO₂-Reduzierung in engen Grenzen hält.

Ideologie ist auch beim Thema Umweltschutz ein schlechter Ratgeber. Nicht eine Umweltpolitik gegen die Bürger, sondern mit und vor allem für die Bürger muss die Devise sein. Hierzu ist Augenmaß erforderlich.

Das gilt auch bei der Förderung erneuerbarer Energien. Die Verbraucher bezahlen über ihre Stromrechnungen inzwischen 1,4 Mrd. Euro für die Förderung des Solarstroms. Das entspricht einem Drittel der Gesamtförderung aller erneuerbarer Energien, obwohl Solarstrom nur drei Prozent Anteile an Strom aus erneuerbaren Energiequellen hat. Die künftige Solarförderung sollte deshalb neu überdacht werden.

Außenpolitik

CSU-Landesgruppenvorsitzender Ramsauer zu Besuch im Iran

Hohe Aufmerksamkeit konnte der Besuch von Dr. Peter Ramsauer in der letzten Woche im Iran verbuchen. Er wurde begleitet vom Stellvertretenden Landesgruppenvorsitzenden Dr. Christian Ruck, der zugleich entwicklungspolitischer Sprecher der CDU/CSU-Bundestagfraktion ist.

Ramsauer und Ruck trafen zu ausführlichen Gesprächen mit Außenminister Mottaki, seinem Stellvertreter Safari, dem ehemaligen Staatspräsidenten Chatami, mit Handelskammerpräsidenten Nahavandian, dem Teheraner Oberbürgermeister Ghalibaf und einer Vielzahl weiterer Persönlichkeiten in Teheran und Isfahan zusammen. Deutlich wurde durch die zur Verfügung gestellte Zeit der dringende Gesprächsbedarf der iranischen Seite, die sich selbst in die internationale Isolation manövriert hat.

Ramsauer ließ keinen Zweifel daran, wie ernst es Deutschland und den ständigen Mitgliedern des UNO-Sicherheitsrats mit den Verhandlungen zum iranischen Atomprogramm ist. Er forderte Außenminister Mottaki auf, möglichst bald den EU-Außenbeauftragten Solana zu empfangen, um sich die neuen Vorschläge der „E3+3“-Gruppe vom 2. Mai erläutern zu lassen. Selbstverständlich, so Ramsauer, habe jeder Unterzeichner des Atomwaffensperrvertrages Anrecht auf eine eigene Nuklearforschung und, wenn gewünscht, den Aufbau einer

eigenen Versorgung mit Kernenergie. Solange der Iran aber Zweifel an seiner Aufrichtigkeit zulasse, der Internationalen Atomenergiebehörde nicht jederzeit Zugang zu allen Anlagen erlaube und mit der aggressiven Polemik



Dr. Peter Ramsauer und der iranische Außenminister Mottaki

gegenüber Israel fortfahre, müsse man weiterhin auf dem sofortigen Stopp der Urananreicherung bestehen. Das Existenzrecht Israels sei gerade für Deutschland ein nicht verhandelbarer Grundpfeiler der Nahostpolitik.

Sanktionen entfalten aus Sicht Ramsauers nur begrenzte politische Wirkungen, gereichen aber beiden Seiten zum ökonomischen Schaden.

Deshalb sei es im Interesse sowohl des Irans als auch der Verhandlungspartner, Wege zu finden, die es erlaubten, das Sanktionsregime zu beenden. Dies gehe einzig und allein durch eine transparente und ehrliche Haltung des Irans in der Nuklearfrage. Ein Staat, der keine Atomwaffen anstrebe, müsse kein Versteckspiel mit der Welt treiben.

Die iranischen Gesprächspartner, vor allem die Vertreter der Wirtschaft, beklagten den drastischen Rückgang der Importe aus Deutschland und insbesondere den Rückzug dreier deutscher Großbanken, was nichts mit den Iran auferlegten Sanktionen zu tun haben, sondern lediglich auf Druck der Vereinigten Staaten hin geschehe. Man habe großes Interesse, auf Ebene der Handelskammern mit Deutschland ins Gespräch zu kommen. Man bevorzuge den Handel mit Deutschland und sei stolz auf eine lange und bewährte Tradition. Aber zur Not müsse man sich nach Alternativen in Fernost (und auch in Europa, z.B. Italien) umschauchen, wo Partner bereitstünden.

Honorarordnung für Architekten und Ingenieure

Leistungen von Architekten und Ingenieuren angemessen honorieren

Die bestehende Honorarordnung für Architekten und Ingenieure bedarf dringend einer Überarbeitung. Aus formalen Gründen wäre eine parlamentarische Befassung mit dem Thema gar nicht vorgesehen, da die Reform der HOAI eine Rechtsverordnung der Bundesregierung mit Zustimmung der Länder ist. Dennoch hat die CSU-Landesgruppe nach der geäußerten Kritik aus den Reihen der Betroffenen unverzüglich mit dem zuständigen Ministerium, aber auch mit betroffenen Architekten und Ingenieuren Kontakt aufgenommen.

Am Mittwoch fand gemeinsam mit dem Präsidenten der Bayerischen Ingenieurkammer Bau, dem Präsidenten der Bayerischen Architektenkammer, dem Vorstandsvorsitzenden des AHO sowie dem zuständigen Staatssekretär aus dem Bundeswirtschaftsministerium ein eingehendes Gespräch über die zwingend erforderlichen Änderungen am vorliegenden Entwurf statt. Dabei hat der im Bundeswirtschaftsministerium zuständige Staatssekretär Hartmut Schauerte zugesagt, dass der Entwurf bis Ende Juni 2008



v.l.n.r.: Parl. Staatssekretär Hartmut Schauerte (BMWi), CSU-Landesgruppenvorsitzender Dr. Peter Ramsauer, Lutz Heese (Präsident der Bayerischen Architektenkammer), Dr. Heinrich Schroeter (Präsident der Bayerischen Ingenieurkammer Bau), Roland Richter (CSU-MdL im bayerischen Landtag), Ernst Ebert (Vorstandsvorsitzender der AHO)

grundlegend überarbeitet wird. So sollen z. B. die Honorare deutlich erhöht und die Leistungsphasen 6 bis 8 wieder in den verbindlichen Teil aufgenommen werden. Herr Staatssekretär Schauerte sagte zu, den Entwurf intensiv mit den Vertretern der Kammern zu diskutieren, bevor das Bundeskabinett eine Entscheidung treffen wird. Die Präsidenten der Bayerischen Ingenieurkammer Bau und der Bayerischen Architektenkammer sowie der Vorstandsvorsitzende des AHO begrüßten die Entscheidung des Bundeswirtschaftsministeriums.

Stasi-Zusammenarbeit

Gregor Gysi muss endlich Verantwortung übernehmen

In einer Aktuellen Stunde zu den neuen belastenden Unterlagen der Bundesbeauftragten für die Stasi-Unterlagen, Marianne Birthler, über vertrauliche Gespräche, die Gregor Gysi 1979/80 als DDR-Rechtsanwalt mit Mandanten geführt hat, hat der innenpolitische Sprecher der CSU-Landesgruppe, Stephan Mayer, Gregor Gysi aufgefordert, endlich Verantwortung für seine Stasi-Zusammenarbeit zu übernehmen und sein Abgeordnetenmandat sowie seine Anwaltszulassung zurückzugeben. Im Folgenden ist die Rede Mayers dokumentiert:

„Es ist schon schauderhaft und abscheulich, mit welcher Chuzpe und mit welchem Zynismus der Abgeordnete - ich möchte ihn gar nicht als Kollegen bezeichnen - Gregor Gysi am Rednerpult des Deutschen Bundestages freiweg behauptet, er sei ein großer Gegner der Stasi gewesen und niemand habe in der ehemaligen DDR so viel für Robert Havemann getan wie er. Dies ist eine Verhöhnung und Missachtung der Tausende von Opfern, die in der ehemaligen DDR gedemütigt, physisch und psychisch gefoltert wurden, unter anderen sein ehemaliger Mandant Robert Havemann.

So viel Bescheidenheit und so viel Zurückhaltung ist man an sich von dem Abgeordneten Gysi gar nicht gewohnt, dass er sich zunächst einmal in die letzte Reihe setzt, dann seinen Redetext abliest, was man ebenfalls nicht gewohnt ist, und anschließend sofort wieder verschwindet.

Wenn Herr Gysi Rückgrat hätte, würde er sich in die erste Reihe setzen und zuhören, was wir ihm zu sagen haben. Ehrlichkeit erfordert Mut, und die Wahrheit ist manchmal hart; aber es ist höchste Zeit, dass der Abgeordnete Gysi endlich Verantwortung übernimmt, dass er sich endlich der Verantwortung stellt.

Die Berichte der Birthler-Behörde aus den Jahren 2004 und 2005 lassen keinen Zweifel, dass Gysi Informeller Mitarbeiter des Ministeriums für Staatssicherheit der DDR war. Gysi ist es - das ist erwiesen -, der mit Thomas Erwin - der später den Namen Klingenstein annahm - am 3. Oktober 1979 von Grünheide mit dem Auto nach Berlin fuhr.

Und es ist auch bekannt, dass die Informationen, um die es geht, durch einen gezielten IM-Einsatz

bekannt wurden, also nicht aus einer Telefonabhöraktion im Hause Havemann stammen können. Damit steht unzweifelhaft fest, dass diese Informationen der Informelle Mitarbeiter Gregor Gysi an seinen Führungsoffizier weitergeleitet haben muss.



Da hilft keine Nonchalance, da hilft keine Showmasterattitüde. Es ist offenkundig, dass Gregor Gysi tief in das Unrechtsregime der DDR verstrickt war. Er hat Mandanten verraten. Auf Parteienverrat steht in Deutschland eine Freiheitsstrafe von bis zu fünf Jahren.

Bereits 1998 hat der Ausschuss für Wahlprüfung und Immunität in einem Bericht festgestellt - mit einer Mehrheit von zwei Dritteln der Abgeordneten -, dass erwiesen ist, dass Dr. Gregor Gysi als Informeller Mitarbeiter für das Ministerium für Staatssicherheit der DDR tätig war.

Auch in dem Gutachten der Gauck-Behörde von 1995 wird dargestellt, dass Gregor Gysi offenkundig unter den Decknamen Gregor, Lothar oder auch Sputnik dem MfS zugearbeitet hat. Wie schon erwähnt: Der Führungsoffizier von der Stasi hat die Zuverlässigkeit und die hohe Einsatzbereitschaft seines IM sehr gelobt.

Damit steht fest, dass Gregor Gysi wissentlich und willentlich das Ministerium für Staatssicherheit

unterrichtet hat, seinen Mandanten Robert Havemann der Stasi ausgeliefert hat.

Es ist ein besonderes Stück Sarkasmus, dass Gysi, als er ein Jahr nach der besagten Autofahrt im Stasi-Gefängnis Berlin-Hohenschönhausen zu Thomas Klingenstein gesagt hat: So sieht man sich wieder. Dies zeigt, welch Geistes Kind Gregor Gysi ist. Es ist höchste Zeit, dass Gregor Gysi für seine Missetaten Verantwortung übernimmt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, ich möchte deutlich machen, dass Gregor Gysis Verhalten leider Gottes auch für die heutige Linke exemplarisch ist. Die Birthler-Behörde hat zutage gefördert, dass mindestens 7 der 53 Kolleginnen und Kollegen der Fraktion der Linken Informelle Mitarbeiter der Staatssicherheit waren.

Der - wenn auch mit einem schlechten Ergebnis - wiedergewählte Bundesvorsitzende der Linken, Klaus Ernst - auch er hat den Plenarsaal bereits verlassen -, hat in der vergangenen Woche wortwörtlich gesagt: „Es bestehen zum Teil noch die alten PDS-Strukturen.“

Die Linke ist die Nachfolgepartei der PDS, die PDS wiederum ist die Nachfolgepartei der SED, einer Partei, die ein brutales, menschenverachtendes Regime, ein Unrechtsregime aufrechterhalten hat.

Es ist höchste Zeit, dass dafür endlich die Verantwortung übernommen wird. Wir können den Abgeordneten Dr. Gregor Gysi nur auffordern, endlich die Verantwortung zu übernehmen, seine politischen Ämter niederzulegen und, mindestens genauso wichtig, seine Zulassung als Rechtsanwalt zurückzugeben.“